

Myanmar – Neue Chancen, alte Manieren

Der Kampf um Rohstoffe auf dem Rücken der Landbevölkerung

Myanmars Fortschritt bei der Öffnung des Landes und dem Anwerben ausländischer Investoren steht die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen gegenüber. Die gepriesenen neuen Chancen werden auf Kosten der Landbevölkerung durch Landenteignung und Zwang forciert. Der neue Widerstand der Betroffenen trifft auf das alte System, dominiert von Militär- und Wirtschaftsbeziehungen und dem neuen Diktat nationaler Entwicklung.

Einer birmanischen Legende zufolge entsprang aus einem Schlangenei einst ein Samen – und aus diesem Samen sprießen die Rubine, für die Myanmar berühmt ist. Seit jeher sind die feuerroten Edelsteine Insignien der Macht birmanischer Herrscher gewesen. Auch heute sind Bodenschätze das Fundament politischer und militärischer Macht in Myanmar, ganz gleich für welche Regierung. Längst haben Rohstoffe des modernen Lebens diese Rolle übernommen. Nickel, Kupfer, Silber, Zink, Zinn, Kohle, Eisenerz, Gold, Industriemineralien und seltene Erden, von allem hält das Land reiche Vorkommen bereit. Die Ressourcen sind ein Geschenk und werden von vielen als Chance auf eine schnelle nachholende Entwicklung gesehen, in einem Land, das 60 Jahre lang unter maroden Militärdiktaturen zu leiden hatte.

Daten der *Asian Development Bank* (ADB) zeigen, dass sich der Anteil der Berg- und Mineralienindustrie am Bruttoinlandsprodukt von 15 Milliarden Kyat (13 Millionen Euro) im Jahr 2000 auf 367 Milliarden Kyat (312 Millionen Euro) im Jahr 2010 erhöht hat. Das entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von durchschnittlich 37,6 Prozent.

Ressourcen und Reformen

Myanmar profitiert von seiner geografischen Lage zwischen den schnell wachsenden Volkswirtschaften China und Indien. Der Hunger nach Rohstoffen scheint unstillbar und bietet gute Absatzmärkte für Mineralien aus Myanmar. Auch Australien, die USA, Russland, Vietnam und Thailand sind hoch gehandelte Partner, wenn es um den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen des Landes geht. Ganz besonders Australien kann hier von seiner geographischen Nähe profitieren und ganz nebenbei die neu erhobenen massiven Steuern im eigenen Bergbausektor mit kostengünstigen Importen ausgleichen. Russland und China gieren geradezu nach Kupfer und Nickel, Rohstoffe, die das nahe Myanmar liefern kann. Innerhalb Südasiens verschieben

sich zurzeit die Schwerpunkte; das rohstoffreiche Indonesien zum Beispiel will durch hohe Steuern im Bergbausektor den Zugriff auf seine Ressourcen stärker kontrollieren. All das macht Myanmar für Investoren noch attraktiver.

Die Europäische Union hatte seit Jahren Sanktionen gegen Myanmar verhängt. Dazu gehörte ein Verbot des Handels mit Edelsteinen und allen Produkten der Bergbau- und Metallindustrie. Am 23.4.2012 setzte die EU diese Sanktionen aus. Die USA und Australien haben ebenfalls ihre Wirtschaftssanktionen gegen Myanmar aufgehoben und damit den Weg für eine wirtschaftliche Kooperation geebnet. Längst wird Myanmar unter potentiellen Investoren als »*Emerging Natural Resources Powerhouse*« (quasi als ein neuer Hotspot natürlicher Ressourcengewinnung) gehandelt – unverbraucht und willig. Priorität der neuen zivilen Regierung unter Thein Sein ist es, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch Auslandsinvestitionen voran zu treiben. Dafür hat die Regierung bereits weitreichende Reformen im Wirtschaftssektor unternommen.

Ende 2012 verabschiedete das Parlament ein neues Auslands-Investitionsgesetz, das einen Meilenstein wirtschaftlicher Öffnung und Liberalisierung darstellt. Es ist vor allem darauf ausgelegt, Investoren nach Myanmar zu locken. Ausländern wird beispielsweise keine Beschränkung bei Firmenanteilen auferlegt, lokale Partner, wie im Nachbarland Thailand, sind nicht mehr nötig. Auch mit Steuervorteilen können ausländische Investoren rechnen. Der Bergbau- und Mineraliensektor ist der zweitgrößte Sektor für ausländische Direktinvestitionen in Myanmar nach dem Energiesektor. Die Regierung arbeitet hart daran, das aus dem Jahr 1994 stammende Bergrecht den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen. So sollen laut Presseberichten Ausländern für 50 Jahre Schürf- und Abbaurechte in Minen sowie eine Garantie gegen Verstaatlichung zugestanden werden.

Seit 1999 ist zum Beispiel das australische Unternehmen *Cornerstone Resources* (Myanmar) im Shan Staat mit dem Abbau von Zink beschäftigt. Im Dawei Township in der Tanintharyi Region baut die thailändische Firma *Myanmar Pongpipat* ebenfalls seit 1999 Zinn ab. Die russische Firma *Nobel Gold* schürft seit 2011 das edle Metall in Bhamauk (Sagaing Region). Die vietnamesische *SIMCO Song Da JSC* investiert in den Abbau von Marmor im Rhakine Staat. Interesse an den Antimon-Vorkommen im Shan Staat bekundet der japanische Konzern für Öl, Gas und Metall JOGMEG. Die

japanische Handelsgruppe ITOCHU untersucht bereits das Potential seltener Erden, vor allem Wolfram und Molybdän. Auch Indonesien investiert in Myanmar, *PT Timah* hat die Lizenz zum Zinnabbau in der Taninthary Region erhalten und will 2014 mit der Produktion beginnen. Eine der begehrtesten Mineralien in Myanmar ist Nickel. China betreibt gleich zwei große Nickel-Minen in Myanmar. In Tagaung Taung (Mandalay Region) befindet sich eine der modernsten und größten Produktionsstätten von Nickel in chinesischem Besitz, seit März 2013 läuft die Produktion. Die Mine liegt nur 200 Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt und soll den wachsenden Bedarf an Stahl in China decken. Nickel ist eine wesentliche Ressource in der Stahlproduktion.

Gegen die Minen regt sich Widerstand

Reformen und wirtschaftliche Chancen sind weit von dem täglichen Leben der Landbevölkerung entfernt, die noch immer zwei Drittel der Bevölkerung ausmacht. Im Schatten der Minen herrscht ein Klima von Unterdrückung und Einschüchterung, ganz im Stile der alten Garde. Und dennoch regt sich immer mehr Widerstand. Widerstand? Wogegen? Doch nicht etwa gegen die nationale ökonomische Entwicklung, gegen Fortschritt und dringend benötigte Investitionen im Land? Der Grat ist schmal, auf dem sich die Entwicklung der Bergbau- und Mineralienindustrie bewegt. Es ist nicht genügend Platz für die Massen, sondern nur für wenige Auserwählte, für Investoren, die auf ein Stück des Kuchens des wiederentdeckten Myanmars hoffen, für Militär nahe Geschäftsleute, die kein Stück ihres Anteils aufgeben wollen. Die Kosten der Erschließung dieser vielversprechenden Chancen durch die reichen Bodenschätze trägt die Landbevölkerung. Denn unter ihren Feldern und Wäldern schlummern die verborgenen Schätze. Mit dem seit 1963 bestehenden Grunderwerbsgesetz, das den gesamten Grund und Boden unter staatlichen Besitz gestellt hat, ist die Enteignung von Land eine beliebte und weit verbreitete Methode, wenn es um neue Infrastrukturprojekte, die Erweiterung urbanen Lebensraums oder das Bauen neuer Industriezonen im Namen nationaler Entwicklung geht. Auch unter der zivilen Regierung hat sich daran nichts geändert, nur dass sich die Fälle vervielfachen, da investieren in Myanmar nun nicht mehr verpönt, sondern geradezu humanitär ist. Die *Asian Human Rights Commission* (AHRC) warnt bereits seit 2011 vor einer Enteignungswelle. Interessen des Militärs, der Wirtschaft und des Verwaltungsapparates konvergieren in neuen Mega-Infrastruktur- und Wirtschaftsprojekten und berauben lokale Landwirte und Bewohner ihres Lebensraums.



Kohle: schnelle Lösung - schmutziges Geschäft?

Kohle scheint für Investoren eine schnelle und einfache Lösung des Energieproblems des an Mineralien reichen aber energiearmen Landes zu sein. Indonesiens staatseigener Kohleminenbetreiber *Bukit Asam* will nach Myanmar expandieren, *Italian-Thai Development* hat konkrete Pläne für gleich drei Kohlekraftwerke in Myanmar, auch Japans *Marubeni* will in Myanmars Energiesektor einsteigen und ein Kohlekraftwerk nahe Yangon betreiben.

Die größte im Tagebau betriebene Kohlemine liegt in Tigyit, nahe des Inle Sees im südlichen Shan Staat. Der Standort der Mine wurde noch von General Maung Aye persönlich ausgewählt und wird heute von einem chinesisch-myanmarischen Joint Venture betrieben. Seit der Fertigstellung des benachbarten Kohlekraftwerks im Jahr 2005 werden 120 Megawatt Strom für die umliegenden Industrien produziert. Für die Realisierung des Projektes wurden zwei Dörfer zwangsumgesiedelt und 200 Hektar Land konfisziert. Die gezahlten Entschädigungen waren lächerlich gering und reichten den Bewohnern nicht einmal für den Umzug in ein anderes Dorf, geschweige denn, dafür ein neues Haus und eine neue Lebensgrundlage aufzubauen. Jahre nach ihrer Enteignung durch die Militärregierung beginnen sich die Betroffenen zu wehren und die damaligen Ereignisse zu dokumentieren. Sie fordern Zugang zur Stromversorgung, immerhin haben sie ein Kohlekraftwerk direkt vor ihrer Nase. Außerdem verlangen sie eine angemessene Entschädigung für den Verlust des Landes und einen funktionierenden Schutz der Umwelt und ihrer Gesundheit.

Nein zu § 144 –
Das Notstandsgesetz verbietet
Versammlungen
@Weekly Eleven

Kupfer: Der Kampf um Monywa

Kupfer ist ein wichtiger Rohstoff im Land und war über viele Jahre hinweg eine wesentliche Einnahmequelle des Militärregimes. Das Monywa Kupfer-Revier besteht aus vier großen Lagerstätten – Sabetaung, Sabetaung Süd, Kyisintaung und Letpadaung – und ist das Größte in Asien. Das Revier liegt in Myanmars zentralem Flachland, rund 110 Kilometer westlich von Mandalay. Betrieben wurde die Kupfermine von einem Ableger der *Rio Tinto Gruppe*, der kanadischen Firma *Ivanhoe*. *Ivanhoe Mines* war seit 1998 trotz Sanktionen im Land tätig gewesen. Nicht nur dieser Umstand warf Fragen auf, wie die myanmarische Wochenzeitung *The Voice Weekly* und *WikiLeaks* aufdeckten. 2011 zog sich der langjährige Teilinhaber von *Ivanhoe* zurück und verkaufte seinen Anteil an die myanmarische Regierung. Diese verkaufte den Anteil weiter an *Wanbao*, das bereits in Myanmars Nickelgeschäft mitmischte und zu 100 Prozent Chinas staatseigenem Waffenproduzenten *Norinco* gehört. *Norinco* erhielt den Zuschlag nur wenige Wochen nach einem erfolgreichen Verkauf schwerer Artillerie an die myanmarische Regierung, die noch immer durch die USA und Europa unter einem Waffenembargo steht. Damit sichert sich ein Waffenhersteller Zugriff auf bedeutende Ressourcen in dem vom Bürgerkrieg gebeutelten Land. Die anderen 50 Prozent gingen an die *Union of Myanmar Economic Holdings* UMEH. UMEH ist der ökonomische Arm des Militärs, gegründet 1990 im Zuge der Privatisierung und Abkehr vom birmanischen Weg zum Sozialismus. Heute ist UMEH in allen Bereichen des täglichen Lebens zu finden und dominiert den öffentlichen Versorgungssektor wie Transport, Nahrungsmittel, Trinkwasser, gleich-

falls den Banken- und Bergbausektor. *The Voice Weekly* berichtete, dass zwar ein 50 Prozent-Anteil des Minenprojekts zu 77 Millionen Euro an UMEH verkauft wurde, dass aber UMEH gar nicht zahlte, sondern *Norinco* die gesamte Zeche übernahm. Die Aufdeckung des Korruptionsskandals beantwortete die Regierung mit einer Klage gegen die Zeitung wegen Verleumdung, musste diese jedoch wieder zurückziehen, um mit den eigenen Medienreformen Schritt zu halten.

Das Gebiet der heutigen Mine war zuvor Agrarland gewesen. Die Felder gibt es schon lange nicht mehr, austretende Chemikalien und Minenabfälle haben das Wachsen von Pflanzen unmöglich gemacht, auch Bäume sucht man in der Umgebung vergebens. Stattdessen finden sich bei den Hütten um die Mine herum künstlich angelegte kleine Wasserbecken, aber auch in ihnen gibt es kein Leben. Hier schwimmen keine Fische, sondern leere Kondensmilchdosen, vermischt mit den Minenabfällen und Wasser. Daraus gewinnen die Bewohner selbst etwas Kupfer. Eine fragwürdige Entwicklung für die ehemaligen Bäuerinnen und Bauern, die zwar von den Kupfererträgen leben können, doch täglich durch mit Chemikalien verseuchtem Wasser ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Nun wollen die neuen Minenbetreiber expandieren. Dafür wurden seit 2010 über 3000 Hektar Land enteignet. Im Juni 2012 begannen die Betroffenen Widerstand zu leisten, zu Anfang durch vereinzelt zivilen Ungehorsam. Drei Bauern legten sich vor einen Traktor, der ihr zuvor beschlagnahmtes Land planieren sollte. Die Proteste weiteten sich schnell zu einer Bewegung der enteigneten Dorfbewohner aus. Seit August demonstrierten Tausende vor dem lokalen Büro von *Wanbao* für die Rückgabe ihres Landes, aber auch gegen die

Tigyit Kohle-
mine, Shan Staat
@Tigyit Village
Group



Zerstörung der Agrarpflanzen durch Baufahrzeuge und das Abladen von Bauschutt auf ihren Feldern. Die Antwort folgte prompt. Immer wieder ging die Polizei gegen Demonstrierende vor und verhaftete zum Beispiel eine Frauengruppe und einen Rechtsanwalt, welche die Proteste unterstützten. Es kam auch zu Übergriffen durch beteiligte Privatfirmen, die von ehemaligen Militärs geführt werden. Die Behörden versuchten weiterhin mit dem Notstandsgesetz § 144, das Demonstrationen und öffentliche Versammlungen verbietet, dem Widerstand entgegenzuwirken. Im September stürmten hunderte Polizeikräfte mit Wasserwerfern, Tränengas und phosphorhaltigen Rauchbomben die Mine und andere Protestorte, um die Demonstrationen aufzulösen; Verletzte und noch mehr Verhaftungen waren die Folgen. Es war der stärkste Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende seit der Machtübernahme durch die zivile Regierung. Diese Proteste hatten das Potential, den gesamten Reformprozess ins Wanken zu bringen.

Gleich im Anschluss der Ereignisse rief Präsident Thein Sein eine Untersuchungskommission unter der Leitung von Aung San Suu Kyi ein. Sie sollte die Situation in der Mine, die Proteste und die gewaltsame Auflösung der Proteste untersuchen. Schon zwei Tage später wurde das Mandat der Kommission soweit beschnitten, dass weder die Proteste noch die Maßnahmen der Polizei Untersuchungsgegenstand waren, sondern lediglich die Relevanz der Kupfermine. Aung San Suu Kyi nahm sofort ihre Arbeit auf, reiste in die Region und sprach mit den Betroffenen. Während die Kommission die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse mehrmals verschob, gingen die Proteste für eine komplette Stilllegung der Mine weiter. Im März 2013 schließlich gab Aung San Suu Kyi bekannt, dass das umstrittene Minenprojekt weiter geführt werden soll und blieb damit ihrer eigenen politischen Linie treu. Ein Schlag ins Gesicht der Demonstrierenden, die mit Enttäuschung und Unverständnis reagierten. Der Bericht machte mangelnde Transparenz des Projekts sowie eine schlechte Zusammenarbeit zwischen den lokalen Behörden und der enteigneten Landbevölkerung für die Probleme verantwortlich. Die

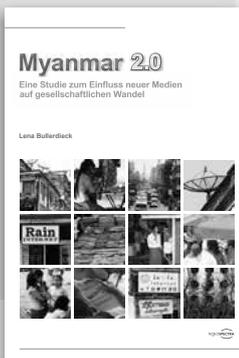
Situation eskalierte – dem Bericht zufolge – durch die Einmischung außenstehender Nichtregierungsorganisationen. Die Kupfermine soll weitergeführt und ausgebaut werden können, all das im Namen der nationalen Entwicklung und zum Wohle der kommenden Generationen. Der Bericht forderte von den Demonstrierenden, die Gesetze zu respektieren, da dies in einem demokratischen System wesentlich sei, räumte aber gleichzeitig ein, dass eine Entschädigung der enteigneten Landbevölkerung und weitere Maßnahmen zum Umweltschutz notwendig seien. Die Veröffentlichung des Berichts bedeutete das Aus des Widerstands gegen die Mine. Die Strategie der als militärnah kritisierten Untersuchungskommission ein freundliches Gesicht zu geben, scheint aufgegangen zu sein. Bis April hat die Regierung Entschädigungen für 700 Hektar Land gezahlt und begonnen, Umsiedlungsdörfer zu bauen. Trotz eines deutlichen Ja der Untersuchungskommission zur Monywa Mine ist das letzte Wort im Kampf um Ressourcen und Agrarland noch nicht gesprochen. Unlängst gingen die Proteste weiter, die Gewalt gegen die Bäuerinnen und Bauern reißt nicht ab. Der Konflikt bleibt weiterhin bestehen, solange sich die Praktiken der Landenteignung und des Raubbaus an Ressourcen und Umwelt nicht ändern.

Literatur

- > Ministry of Mines Myanmar, <http://www.mining.com.mm> (15.4.2013)
- > Asian Human Rights Commission: Myanmar at risk of land-grabbing epidemic. – 6.6.2012,
- > <http://www.humanrights.asia> (15.4.2013)

Einzelnachweise bitte bei der Autorin erfragen.

südostasien
im buch



Myanmar 2.0
Eine Studie zum Einfluss neuer Medien auf gesellschaftlichen Wandel

Lena Bullerdieck

Lena Bullerdieck
Myanmar 2.0
Eine Studie zum Einfluss neuer Medien auf gesellschaftlichen Wandel

regiospectra • isbn 978-3-9401-3256-7 • 141 seiten • € 19,90 (D)

Myanmar, jahrzehntelang von einer Militärdiktatur beherrscht, durchläuft seit der Wahl im Jahr 2010 und der darauffolgenden Einführung einer neuen Regierung rapide gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Grundlegende Veränderungen sind im Bereich der Medien, in der Aufnahme von politischen Dialogen sowie dem Einzug der Opposition ins Parlament zu verorten. Gleichzeitig wird die starke Isolation des Landes reduziert. „Myanmar 2.0“ beleuchtet, welche Wechselwirkungen es zwischen neuen Medien und der aktuellen gesellschaftlichen Öffnung in Myanmar gibt. Im Fokus dieser Studie stehen die burmesische Medienlandschaft, kommunikative Veränderungen durch neue Medien und das politische Potenzial virtueller Vernetzung in Myanmar. Die Autorin untersucht vor Ort die Wirkungen neuer Medien auf gesellschaftlichen Wandel und leistet damit einen empirisch fundierten Beitrag zu der Diskussion um Zusammenhänge zwischen politischen, soziokulturellen, ökonomischen und medialen Entwicklungen in Myanmar.

Besuchen Sie uns im Internet: www.regiospectra.de

Neuerscheinung April 2013